
Wolfgang Beutel

Demokratiepädagogik und Demokratiebildung: Option oder Hoffnung?

Zusammenfassung

Der Diskussionsbeitrag entfaltet die aktuelle Entwicklung um Begriffe, Konzepte und die öffentliche sowie politische Diskussion in Hinblick auf Demokratiepädagogik und Demokratiebildung. Es bleibt festzuhalten, dass die Häufigkeit der Begriffsverwendung und das fast wellenförmige Auftauchen der Forderung nach „mehr Demokratiebildung“ sich keinesfalls in einer entsprechenden Stärkung der Konzeptentwicklung und der Förderung hierfür zugrunde zu legender Forschungen und Praxismodelle abbildet. Das gilt auch für die Akzeptanz guter Praxis sowohl in der Bildungspolitik als auch im Feld der pädagogischen Wissenschaften.

*Schlüsselwörter: Demokratische Bildung; Demokratiepädagogik; Best Practice; demokratische Schulentwicklung; Lehrer*innenbildung*

Democratic Citizenship Education and Social Studies: An Opportunity for Development or Just a Hope?

Abstract

This contribution discusses the current development of terms, concepts and the public and political debate with regard to Democratic citizenship education and social studies. It is a fact that the frequent use of these terms and the recurring call for “more democracy education” has hardly any consequences. It does not strengthen the development of concepts and the promotion of related research. This also applies to the acceptance of good practice in schools, both in education policy and in the educational sciences.

Keywords: democratic citizenship education; social studies, best practice; democratic school development; teacher education

1 Demokratiebildung hat Konjunktur

Das Thema „Demokratie in der Schule“ ist derzeit häufig in den öffentlichen Debatten zu finden. Da ist nicht nur der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA mit seinen realpolitischen Folgen ein bedrängendes Moment. Vielmehr spielt der damit angestoßene, fast dominoartige Prozess des Kippens scheinbar bestehender Gewissheiten eine Rolle: Der Aufstieg der AfD in den Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen und Bran-

denburg sowie ganz aktuell in der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 zur zweitgrößten Fraktion ist eines der impulsgebenden Momente. Doch es sind nicht nur diese politischen Ereignisse, die aufmerksam werden lassen. Vielmehr ist es die damit zusammenhängende und stetig wiederkehrende Frage an die Politische Bildung ebenso wie an die Demokratiepädagogik nach dem Ertrag ihrer pädagogischen Konzepte und praktischen Bemühungen.

Dabei wird die Diskussion durch den Gebrauch verschiedener Begriffe geprägt: Politische Bildung soll mehr und durchgängig stabil unterrichtet, Demokratiebildung soll gestärkt werden. Demokratieerziehung soll sich mit Wertebildung und „Haltung“ verbinden. Ganz konservativ und sehr oft zu hören: Politische Bildung sei doch bereits Demokratiebildung. Diese Gleichsetzung durchzieht z. B. den 16. Kinder- und Jugendbericht, der die gutachterliche Beschreibung von „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ (BMFSFJ, 2020) zur Aufgabe hatte. Oder es erklingt gar die Forderung „Wir brauchen ein Schulfach für Demokratie“, so die Bildungsforscherin Nina Kolleck im August 2024 in der ZEIT – als hätten wir nicht schon die sozialwissenschaftlich-fachliche Politische Bildung und seit rund dreißig Jahren einen Diskurs und zahlreiche Projekte zur Demokratiepädagogik in der Schule.

Besonders scharf stellt sich folgende Frage: Warum wählen so viele der jungen Erstwähler*innen jetzt rechts? Wie verhält sich dies zu den Trendmeldungen der aktuellen Shell Jugendstudie, die 55 Prozent der befragten Jugendlichen als politisch interessiert ausweist und ihnen eine Demokratiezufriedenheit von 77 Prozent in den westlichen und 60 Prozent in den östlichen Bundesländern zuspricht (Albert et al., 2024, S. 13–17)? Nun kann das Interesse an rechtspopulistischen Parteien durchaus auch als Interesse an Politik gelesen werden. Aber ein Unbehagen bleibt doch, hat die sozialwissenschaftliche Deskription das politische Interesse der Jugend bislang doch eher in der liberalen Demokratie sowie den Parteiorientierungen der politischen Mitte bis hin zur politischen Linken und vor allem den GRÜNEN verortet.

Es ist zudem bei all dem unübersehbar, dass das Wort „Demokratiebildung“ jenem von der politischen Bildung oder gar der Demokratiepädagogik den Rang abgelaufen hat. „Demokratiebildung“ scheint der Begriff, welcher dem häufig diagnostizierten multiplen Krisenmodus (Beutel, Busch & Ruberg, 2025) und dem evidenten Vertrauensverlust in die verfasste Demokratie entgegengestellt wird.

Doch geht das so einfach? Natürlich nicht! Die genannten Zeitdiagnosen weisen nicht nur in verschiedene Richtungen. Sie erzeugen zudem die Hoffnung auf einen Zusammenhang, der direkt und schnell herstellbar ist. Dass man aber durch eine „Intervention“ in Form von Unterricht in Politischer Bildung oder einer demokratiepädagogisch gehaltenen Projekterfahrung bei Schüler*innen zügig messbare Wirkungen im Sinne eines wertstabilen und belastbaren prodemokratischen Mindsets und entsprechenden Verhaltens erzielen könnte, ist Wunschdenken. Sicher aber ist: Die derzeitige Situation der unter Druck geratenen liberalen Demokratien erzeugt auch in Deutschland erneut den Ruf nach der Schule, einer dort zu stärkenden politischen Bildung sowie einer wirksamen Demokratiebildung. Wie also lässt sich die aktuelle Lage beschreiben?

2 Demokratiepädagogik und Demokratiebildung: bislang ohne Erfolg?

Nach fast drei Dekaden von Diskussion, Konzeptentwicklung und -erprobung in der Demokratiepädagogik ist die Frage nach deren Erfolg naheliegend. Die Antwort lässt sich auf zwei Wegen bedenken: Die erste sagt, dass durchschlagende Erfolge nicht zu erwarten sind, wenn die Schule in der politischen Bildung und einer Demokratiepädagogik, die Engagement mit positiver Erfahrung von Autonomie, Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung verbindet, über Jahrzehnte alleingelassen, jedenfalls nicht substantziell unterstützt worden ist. Diese Position kommt den Argumenten aus der Demokratiepädagogik nahe.

Der zweite Weg liegt darin, zu überlegen, ob die Demokratiepädagogik die von ihr selbst gesetzten Ansprüche nicht einlösen konnte und das möglicherweise auch gar nicht kann. Die vielfältigen Programme, Projekte, Initiativen und Fördermaßnahmen haben es offensichtlich nicht vermocht, Demokratie als Lern- und Erfahrungsqualität im Schulsystem und der Jugendarbeit so zu verankern, dass im Lernen der Kinder und Jugendlichen eine erfolversprechende, wertebildende und handlungsförderliche prodemokratische Kompetenzausprägung hätte entstehen können! Also benötige die deutsche Schule wieder mehr von dem, was ihr in allen Bereichen ohnehin fehlt: Qualitativ hochwertigen, fachlich und professionell abgesicherten Unterricht, dessen Wirkung evidenzbasiert evaluiert und auf der Basis von entsprechenden Wirkungsdaten stetig optimiert werden könnte. Kurz: Politische Bildung als sozialwissenschaftlich fundierte Lehr-Lern-Domäne. Das wäre das klassische bildungswissenschaftliche (Maritzen, 2012), aber auch das ewige fachdidaktische Argument (Massing, 2002).

Die Antwort auf diese Polarität kann nur lauten: Keine der beiden Folgerungen ist richtig! Vielmehr bergen beide Antworten Ansatzpunkte zur Verbesserung der Lernqualität für demokratische Handlungsfähigkeit in sich. Es führt jedoch kein Weg an der Feststellung vorbei, dass die Politik dem Thema weder genügend Aufmerksamkeit schenkt noch schulpolitisch hinreichend Unterstützung und Entwicklungskraft verleiht. Was kann aus dem bisherigen Weg von Demokratiebildung, Demokratiepädagogik und politischer Bildung gefolgert werden? Und wo liegen die Entwicklungskorridore, die mehr Beachtung verdienen?

3 Die Schule als Ort von Demokratiepädagogik und Demokratiebildung

Die moderne Schule beruht auf rechtlich ausgestalteten Verfahren, sie ist insofern demokratisch legitimiert. Sie ist aber von ihrer Tradition her und auch in ihrer aktuellen, zweckbezogenen Gestaltung keine Institution, in der Demokratie selbstverständlich erfahren und gelernt wird. Gleichwohl ist sie als zentrale und generationenverbindende Institution der Moderne gerade heute in der Pflicht, sich tatkräftig und konzeptstark um Formen und Praxen des Lernens von Demokratie und die Förderung demokratischer Handlungskompetenz zu bemühen. Dass aber ein Fach alleine und auch nur die Demokratiepädagogik diese Aufgabe nicht schultern können, wird seit Ende der 1980er Jahre und bisweilen sehr kontrovers besprochen (Beutel, Gloe & Reinhardt, 2022).

Die politische Sozialisationsfunktion der Schule und die Tatsache, dass die Schule alle Heranwachsenden in entscheidenden Lebensphasen des Aufwachsens erreicht, legt ihr diese Aufgabe besonders dringlich nahe. Dennoch bleibt – insbesondere seit die Politik vor mehreren Jahren den Begriff der „Demokratiebildung“ für sich entdeckt hat (Kenner & Lange, 2022) – derzeit so etwas wie eine pädagogische Enttäuschung prägend für die Situation. Schulische Praxis, Erziehungswissenschaft und politische Bildung wissen, dass es systematische Professionalisierung braucht und es auf appellativem Wege mit Absichtserklärungen, Runderlassen und Arbeitskreisen alleine nicht gelingen wird, die Schulen insgesamt als Schulen der Demokratie zu gestalten (Beutel & Gloe, 2023). Die Politik jedoch scheint sich aktuell vor allem auf diesem Wege dem Problem zu stellen.

4 Gutachten und Schriften zum Thema – auch eine Konjunktur

Die Fülle der Beiträge, Gutachten und Schriften, die in jüngerer Zeit – auch jenseits des fachlichen Diskurses zu Schulpädagogik, Demokratiepädagogik und politischer Bildung – erschienen sind, ist beachtlich. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusminister*innen hat Mitte Juli 2024 eine Stellungnahme zur „Demokratiebildung“ (SWK, 2024) vorgelegt und darin die Defizite der schulischen Demokratiebildung angesprochen. In ihren sieben Empfehlungen fordert sie neben anderem einen durchgehenden und verstärkten Fachunterricht vor allem in Geschichte und Politik, betont die Querschnittsfunktionen von Demokratiebildung sowie einer systematischen Förderung pädagogischer Kompetenzen zur Demokratiebildung in allen Phasen der Lehrer*innenbildung. Doch die Erfahrungen und Arbeiten der Demokratiepädagogik bleiben außen vor. Zwangsläufig hat die Stellungnahme der SWK in der Fachöffentlichkeit viel Erstaunen hervorgerufen und kritische Antworten von Verbänden (DVPB et al., 2024) und Akteur*innen (Beutel & Geweke, 2024) nach sich gezogen. Man kann hier von einer verspielten bildungspolitischen Chance sprechen.

Ebenfalls 2024 ist unter dem Titel „Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen“ eine Expertise durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung veröffentlicht worden, verfasst durch einen Expert*innenkreis aus Bildungsökonomie, Soziologie, Stiftungswelt, Politik und politischer Bildung (GHST, 2023). Dieser Text spricht vorhandene und inzwischen anerkannte Methoden der Demokratiepädagogik – im Gegensatz zur SWK-Stellungnahme – immerhin an, verweist auf Träger einzelner demokratiepädagogisch förderlicher Programme und formuliert acht Empfehlungen an die Adresse der Bundes- und Bildungspolitik. Auffällig dabei ist auch hier, dass wie auch im SWK-Papier kaum ein*e Akteur*in aus der Demokratiepädagogik genannt, geschweige denn angefragt worden ist. Auch verblüfft die Präsenz der FDP-Bundestagsabgeordneten Teutenberg in dieser Demokratiebildungs-Kommission, hat sie doch im Jahr 2023 das Ampel-Projekt des Demokratiefördergesetzes recht lautstark kritisiert und als staatlichen Übergriff eingeordnet (Brodkorb, 2022). Sie gilt als vehemente Skeptikerin gegenüber den Gestaltungsansprüchen einer lebendigen Zivilgesellschaft. Jene ist zugleich einer der Ankerpunkte des demokratiepädagogischen Denkens und seiner Projekte.

Weitere Veröffentlichungen greifen das Thema auf, so etwa die Publikation „Demokratie in die Köpfe“ (Nida-Rümelin & Zierer, 2023). Ohne hier eine umfassende Rezension bieten zu wollen, muss doch angemerkt werden, dass in dieser Schrift am Stand der fach-

lichen Diskurse souverän vorbei argumentiert wird. Hier werden im Wesentlichen schulpädagogische Modellvorstellungen der Bielefelder Tradition – von der Laborschule über von Hentigs Formel „Die Schule neu denken“ – sowie Ansätze zur Selbstwirksamkeitserfahrung angesprochen. Von den Kontroversen der politischen Bildung heute oder gar von den Konzepten der Demokratiepädagogik ist keine Rede. Ähnlich ergeht es dem demokratiepolitischen Teil dieser Schrift, der zwar ein Konzept der liberalen Demokratie anschaulich macht, die Diskurse um eine Beteiligung der Bürger*innen an der Gestaltung von Demokratie jedoch außen vor lässt. Dieses Problem zeigt auch die Programmschrift „Die neue Schule der Demokratie“ von Marina Weisband (2024). Da findet sich ein leidenschaftliches Plädoyer für die Demokratie als politische Verfassung, verbunden nur mit einer recht einseitigen Darstellung, die sich auf die Partizipations-App „Aula“ und deren Schulnetzwerk begrenzt.

5 Was wir haben und woran es mangelt

Diese durchwachsene Zwischenbilanz führt notwendigerweise zu einigen Gedanken mit Blick auf die Perspektiven und Desiderata dieser Debatte. Diese sollen hier in wenigen zusammenfassenden Thesen vorgestellt werden.

1. Es gibt inzwischen ein schulpraktisches und auch fachliches Bewusstsein von der Bedeutung der Aufgabe, Demokratiebildung zu stärken und die Schule demokratiepädagogisch zu vitalisieren. Auf der anderen Seite ist unverkennbar, dass Appellative und Positionspapiere aus der Fachwelt kaum Wirkungen zeigten. Exemplarisch ist dies in der Auseinandersetzung mit Positionspapieren wie der „Frankfurter Erklärung zur kritischen politischen Bildung“ (Schmitt & Feldmann, 2025) und dem „Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik“ (Gloe, 2025) zu erkennen. So wird vorgeschlagen, dass „[...] die ‚Diskursgemeinschaft‘ von Politischer Bildung und Demokratiepädagogik sich aufraffen und verstärkt innovative und politisch wirksame Kommunikationswege beschreiten“ müsse (Albrecht, 2025), damit endlich ein demokratiepädagogischer Reformprozess entsteht. Sichtbar wird dies auch in der Auseinandersetzung um das SWK-Gutachten (DVPB et al., 2024) sowie in den kontroversen Diskursen um das „Demokratiefördergesetz“ (Klein, 2024) und die staatliche Förderpraxis von „Demokratieprojekten“ generell. Denn diesen Förderinitiativen wird selbst aus der Politischen Bildung eine Entfremdung des freien und allgemeinen Bildungsanspruchs und damit deren Instrumentalisierung bis hin zur utilitaristischen Ausbeutung durch staatliche Interessen der „Versicherheitlichung“ (Widmaier, 2022) vorgeworfen.
2. Auf der Seite der Wissenschaften ist die Lage eher ambivalent. Bisher haben sich einzig Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein an der internationalen Vergleichsstudie „International Civic and Citizenship Education Study“ (ICCS) beteiligt, die das Wissen und die Einstellungen Jugendlicher zu Politik und Demokratie untersucht (Abs et al., 2024). Nach einem entsprechenden Beschluss der KMK ist nunmehr für 2027 mit Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erstmals eine bundesweite Teilnahme vorgesehen. Überdies finden wir verschiedene Anstrengungen für ein Monitoring in der Demokratiebildung und in der Politischen Bildung. Einzelne vorweggehende Studien zur Politischen Bildung (Lange, 2010) und zur Beruflichen Bildung (Besand, 2014) haben das Feld vermessen, bleiben angesichts von dessen Komplexität aber unvollendete Ansätze. Ein Pilotprojekt mit qualitativem Zuschnitt versucht – auf Basis von Expert*inneninterviews – Eckpunkte, Vorstellungen und Indikatoren von Demokratiebildung zu beschreiben (Beutel, Kenner & Lange, 2025; Beutel & Lange, 2025). Darüber hinaus wird ein regelmäßiges Mo-

nitoring der Politischen Bildung auf Basis quantitativer Daten vorbereitet (Abs et al., 2025). Dabei ist noch nicht absehbar, ob und in welchen Dimensionen dies realisiert werden kann. Offen ist auch, inwieweit diese beiden Monitoring-Strategien in ein Ergänzungsverhältnis treten können.

3. Wir sehen eine wissenschaftsferne, oft redundante und meist unpräzise Rede von der Demokratiebildung, auf die keine adäquate programmatische oder auch nur politische Reaktion kommen kann. Demokratiebildung wird dann zu einem „Containerwort“, dass jede*r, je nach Idee, Vorstellung oder unpräzise bestimmter Hoffnung mit einer Erwartungshaltung oder, im besseren Falle, Handlungsoption verbinden kann, über die jedoch keine Übereinkunft bestehen muss oder auch nur ansatzweise besteht. Der Preis dafür liegt darin, dass Demokratiebildung und Demokratiepädagogik zu Schlagwörtern zu verkommen drohen, die darauf verzichten, die Einsichten, Praxiserfahrungen und die damit verbundenen Fortschritte in der Konzeptarbeit zur Demokratiepädagogik und Demokratiebildung – also insgesamt die fachlichen Leistungen und den damit erreichten Stand in Praxis und Wissenschaft – zu berücksichtigen.
4. Die bilanzierenden jüngeren Handbücher zur Demokratiepädagogik (Beutel et al., 2022; Culp et al., 2023) wiederum thematisieren eine durchaus ausbaufähige Kommunikation zwischen den empirischen Bildungswissenschaften, der Politikdidaktik und vor allem der schulpädagogisch orientierten Demokratiepädagogik. Überdies wird gegenüber der Demokratiepädagogik angemahnt, dass diese, gerade um ihre praktische Orientierung stabil begründen zu können, eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweils zugrundeliegenden Konzepten von Demokratie sowie der bildungspolitisch und demokratiepädagogisch virulenten Frage der Bildungsgerechtigkeit führen müsse (Hedtke, 2024).
5. Ein großer Gewinn sind die vielfältigen schulpraktischen Erfahrungen, Projektportraits und Schul-Vignetten, die verdeutlichen, dass die Pädagogik und damit auch die Demokratiepädagogik eine Handlungswissenschaft verkörpern, deren praktische Dimension der Wissenschaft meist einige Schritte voraus ist. Doch auch diese vielfältige Praxisanschauung und, was typisch ist für dieses pädagogische Handlungsfeld, die variantenreichen Erfahrungen demokratischer Schulentwicklung spielen in der SWK-Stellungnahme und den jüngeren Büchern zum Thema keine Rolle. Dabei sind Netzwerke, Modellverbände und qualitative Zertifizierungsprogramme, wie z. B. vor 20 Jahren das Modellprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Bildungsförderung (BLK) „Demokratie lernen & leben“, die Projekte des Wettbewerbs „Demokratisch Handeln“ (Feurich & Förster, 2022) oder die profilierten Schulen im Deutschen Schulpreis wirksam und erfolgversprechend. Sie geben zudem durch eigene, zwangsläufig eher kleine Evaluationsstudien Anschauung vom Potenzial einer demokratieförderlichen Pädagogik und Schulentwicklung (Beutel & Feurich, 2020).
6. Der Deutsche Schulpreis (DSP) hat schon seit seiner Konstituierung mit dessen erster Ausschreibung qualitätsorientierte Merkmale einer demokratiepädagogisch gehaltvollen Schule benannt: Durch die DSP-Qualitätskriterien „Verantwortung, Umgang mit Vielfalt, Schulleben und schulische Partner“ lässt sich allen im DSP qualifizierten Schulen eine demokratiepädagogisch gehaltvolle Basis zusprechen. Mit der aktuellen Ausschreibung 2025 wurde dies durch den „Themenpreis Demokratiebildung“ (Anders, 2024) ergänzt, auf dessen Ergebnisse man gespannt sein darf. Eine kritische fachliche Auseinandersetzung damit ist eine hier entstehende besondere Chance.

6 Fazit

Demokratiepädagogik und Demokratiebildung sind – das wird deutlich – erheblich mehr als eine Hoffnung. Sie sind auch mehr als eine Option im Sinne der Auswahl einer Möglichkeit und Entwicklungsperspektive unter vielen. Sie beschreiben unabweisbar eine Notwendigkeit, die zugleich die Schulentwicklung, deren Beratung und die sie begleitenden Wissenschaften in ein fortwährendes Dilemma bringen. Eine „good governance“ dazu zu formulieren und zu operationalisieren, wird schwierig sein, denn Demokratiebildung ist – so gesehen – nur begrenzt planbar. Aber sie ist auf Beratung angewiesen und zehrt vom Blick auf die differente und vielfältige pädagogische Praxis von Schulen und schulischen Netzwerken. Die stetige detailgenaue Beschreibung und Auswertung dieser Praxis sowie eine intensivere, diese Praxis ergänzende Forschungsförderung (Beutel, 2016) böten die große Chance, die demokratische Schule, eine ihr zugehörige Lehrer*innenbildung und damit die Demokratiebildung zu stärken und zu konturieren.

Literatur und Internetquellen

- Abs, H. J., Engartner, T., Hedtke, R., Oberle, M., Heijens, M., Hellmich, S. N., Hulkovych, V., Huschle, L., & Wasenitz, S. (2025). Entwicklung eines Monitorings für die politische Bildung in Deutschland. In A. Albers & N. Jude (Hrsg.), *Blickpunkt Bildungsmonitoring – Bilanzen und Perspektiven* (S. 332–345). Beltz.
- Abs, H. J., Hahn-Laudenberg, K., Deimel, D., & Ziemes, J. F. (2024). *ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich*. Waxmann. <https://doi.org/10.31244/9783830998228>
- Albert, M., Quenzel, G., de Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Schneekloth, U., & Wolfert, S. (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrössenheit und gelebter Vielfalt*. Beltz.
- Albrecht, A. (2025). Vom Magdeburger Manifest zur Hofgeismarer Erklärung: Drei Grundsatz-erklärungen zur demokratischen politischen Bildung. In W. Beutel, S. Kenner & D. Lange (Hrsg.), *Demokratiebildung. Eine Orientierung* (S. 179–191). Wochenschau.
- Anders, F. (2024, 22. November). *Deutscher Schulpreis lobt Themenpreis Demokratiebildung aus*. Deutscher Schulportal der Robert Bosch Stiftung. <https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/deutscher-schulpreis-lobt-themenpreis-demokratiebildung-aus/>
- Besand, A. (2014). *Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven*. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Beutel, S.-I., Busch, M., & Ruberg, C. (Hrsg.). (2025). *Krisenmodus verlassen – Transformationen gestalten* (Jahrbuch für Demokratiepädagogik & Demokratiebildung 2025/26). Wochenschau.
- Beutel, W. (2016). Demokratiepädagogik als Querschnittsaufgabe aktueller Schulentwicklung. *DDS – Die Deutsche Schule*, 108 (3), 226–238. <https://www.waxmann.com/artikelART101979>
- Beutel, W., & Feurich, A. (2020). Wirkungsanalysen und Demokratieforschung – der Beitrag von Wettbewerb und Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. In H.-P. Burth & V. Reinhardt (Hrsg.), *Wirkungsanalyse von Demokratie-Lernen. Empirische und theoretische Untersuchungen zur Demokratiedidaktik in Schule und Hochschule* (S. 189–205). Budrich Academic Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv12sdvq5.11>
- Beutel, W., & Geweke, M. (2024). *SWK-Empfehlungen. Abschauen erlaubt: Ein Blick in die Praxis der Demokratiebildung*. <https://deutsches-schulportal.de/expertenstimmen/abschauen-erlaubt-ein-blick-in-die-praxis-der-demokratiebildung/>
- Beutel, W., & Gloe, M. (2023). Papier ist geduldig. Konzepte, Handreichungen, Leitfäden und Handlungsempfehlungen der Bundesländer in der Folge des KMK-Beschlusses zur Demokratiebil-

- dung von 2018. In S.-I. Beutel & C. Ruberg (Hrsg.), *Ungewissheit als Erfahrung in der Demokratie* (Jahrbuch Demokratiepädagogik & Demokratiebildung 2023/24, S. 180–204). <https://doi.org/10.46499/9783954142040>
- Beutel, W., Gloe, M., Himmelmann, G., Lange, D., Reinhardt, V., & Seifert, A. (Hrsg.). (2022). *Handbuch Demokratiepädagogik*. Wochenschau. <https://doi.org/10.46499/1852>
- Beutel, W., Gloe, M., & Reinhardt, V. (2022). Die Kontroverse „Demokratiepädagogik und Politische Bildung“. In W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt & A. Seifert (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik* (S. 154–183). <https://doi.org/10.46499/1852>
- Beutel, W., Kenner, S., & Lange, D. (Hrsg.). (2025). *Demokratiebildung. Eine Orientierung*. Monitor Demokratiebildung, Bd. 1. Wochenschau.
- Beutel, W. & Lange, D. (Hrsg.). (2025). *Demokratiebildung. Der Monitor-Bericht*. Monitor Demokratiebildung, Bd. 2. Wochenschau.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). (Hrsg.) (2020). *16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter*. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238>.
- Brodkorb, M. (2022). Demokratie der Lemminge. *Cicero*, 9/2022, 15–23.
- Culp, J., Drerup, J., & Yacek, D. (Hrsg.). (2023). *The Cambridge Handbook of Democratic Education*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009071536>
- DVPB et al. (Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V., Gesellschaft für Politikdidaktik u. politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft, Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre der Deutschen Gesellschaft für Soziologie). (2024). *Problematische Stellungnahme der SWK zu Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Fachverbände fordern eine Überarbeitung!* https://degede.de/wp-content/uploads/2025/01/Stellungnahme_SWK_fina_dvpb_sz_mp_mg_ab_aw_js.pdf, Zugriff v. 31.01.2025
- Feurich, A., & Förster, M. (2022). Demokratie erfahren, demokratisch handeln. In W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt & A. Seifert (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik* (S. 52–61). Wochenschau. <https://doi.org/10.46499/1852>
- GHST (Gemeinnützige Hertie-Stiftung). (Hrsg.). (2023). *Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung für Morgen*. Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. GHST. https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Kommissionsbericht/GHS_kommissionsbericht_digital_1.pdf
- Gloe, M. (2025). Das Magdeburger Manifest: Handlungsprogramm für Demokratiepädagogik und Demokratiebildung. In W. Beutel, S. Kenner, & D. Lange (Hrsg.), *Demokratiebildung. Eine Orientierung* (Monitor Demokratiebildung Bd. 1, S. 179–191). Wochenschau.
- Hedtko, R. (2024). Arm und Reich. Zur Bedeutung ökonomischer Ungleichheit für die Demokratiebildung. In M. Gloe & W. Beutel (Hrsg.), *Konflikte. Gesellschaft und Politik demokratisch gestalten* (Jahrbuch für Demokratiepädagogik und Demokratiebildung 2024/25, S. 82–99). Wochenschau.
- Kenner, S., & Lange, D. (2022) Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe. In W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt & A. Seifert (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik* (S. 62–71). <https://doi.org/10.46499/1852>
- Klein, A. (2024). Vom Demokratiefördergesetz zum Engagementfördergesetz. In H. Kleger & A. Klein (Hrsg.), *Demokratiepolitik. Neue Formen der Bürgerbeteiligung als Demokratiestärkung* (S. 117–125). Springer Nature. https://doi.org/10.1007/978-3-658-43201-0_7
- Kolleck, N. (2024, 26. August). Wir brauchen ein Schulfach für Demokratie. *ZEIT online*, 36. <https://www.zeit.de/2024/36/politische-bildung-demokratie-schule-rechtsextremismus>
- Lange, D. (2010). *Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland*. Wochenschau.

- Maritzen, N. (2012). Die Bedeutung von Qualitätsstandards in der demokratischen Schulentwicklung. In W. Beutel, P. Fauser & H. Rademacher (Hrsg.), *Jahrbuch Demokratiepädagogik. Aufgabe für Schule und Jugendbildung* (S. 66–81.). Wochenschau.
- Massing, P. (2002). Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen. In G. Breit & S. Schiele (Hrsg.), *Demokratie-Lernen als Aufgabe der Politischen Bildung* (S. 160–179). Wochenschau.
- Nida-Rümelin, J., & Zierer, K. (2023). *Demokratie in die Köpfe. Warum sich unsere Zukunft in den Schulen entscheidet*. Hirzel.
- Schmitt, S., & Feldmann, D. (2025). Demokratiebildung und kritische politische Bildung. Die „Frankfurter Erklärung“ und ihre Relevanz für Debatten um Demokratiebildung. W. Beutel, S. Kenner, & D. Lange (Hrsg.), *Demokratiebildung. Eine Orientierung* (Monitor Demokratiebildung Bd. 1, S. 207–217). Wochenschau.
- SWK (Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz). (2024). *Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung*. Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. https://www.swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf
- Weisband, M. (unter Mitwirkung von D. Mendlewitsch). (2024). *Die neue Schule der Demokratie. Wilder denken, wirksam handeln*. S. Fischer.
- Widmaier, B. (2022). *Extremismuspräventive Demokratieförderung. Eine kritische Intervention*. Wochenschau.

Wolfgang Beutel, Dr. phil., Vertretungsprofessor für Didaktik der politischen Bildung, Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover.

E-Mail: beutel@idd.uni-hannover.de

Korrespondenzadresse: Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover, Callinstr. 20/22, 30167 Hannover

ORCID: 0000-0001-9281-2580